Botschaft

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend die
Juden im Kanton Aargau.

(Vom 17. Juli 1863.)

Tit. I

Unterm 24. September 1856 hat die Bundesversammlung nachfolgenden Beschluß gefaßt:

„Die Bundesversammlung
„der schweizerischen Eidgenossenschaft,

„nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes über die Rechts-
„verhältnisse der schweizerischen Israeliten, vom 26. März 1856,

„in Betrachtung:

„daß nach Art. 48 der Bundesverfassung die Kantone in der Ge-
„setzgebung über die Verhältnisse der nicht kantonsangehörigen Israeliten
„unabhängig sind, so weit dadurch nicht Rechte angetastet werden, die allen
„Schweizern ohne Unterschied der Konfession durch die Bundesverfassung
„gewährleistet sind;

„daß hinsichtlich der gegenwärtig bestehenden Ausnahmsgesetze der
„Kantone über die Israeliten die Artikel 29 und 42 der Bundesverfassung
„anzuwenden sind, in dem Sinne, daß den schweizerischen Israeliten
„gleich wie andern Schweizerbürgern das Recht des freien Kaufs und
„Verkaufs der im Art. 29 bezeichneten Gegenstände zustehe und dieselben

„zur Ausübung der politischen Rechte im Heimats-, beziehungsweise im
 „Niederlassungskanton befugt seien,

„beschließt:

„Der Bundesrath ist beauftragt, bei vorkommenden Fällen der Bundesverfassung im Sinne der vorangehenden Erwägungen Vollziehung zu
 „verschaffen.“

Es ist nicht ohne Interesse, zu sehen, wie dieser Bundesbeschluß entstanden ist.

Es war nämlich die Regierung des Kantons Aargau, welche unterm 19. April 1849 schon die Regierung von Luzern anklagte, daß dieselbe, entgegen der ausdrücklichen Vorschrift des Art. 29 der Bundesverfassung, die aargauischen Israeliten von den luzernischen Märkten ausschließe.

Ebenso war es abermals die Regierung des Kantons Aargau, welche unterm 21. September 1854 die Regierung des Kantons Zürich bei den Bundesbehörden verklagte, daß in dem neu erlassenen zürcherischen Gesetze betreffend den Markt- und Hausirverkehr, Beschränkungen der Rechte der aargauischen Israeliten enthalten seien.

Bei Anlaß der Behandlung dieser letztern Beschwerde wurde dann im h. Ständerath eine Motion eröffnet, dahin lautend:

„Der Bundesrath wird eingeladen, Bericht über die gegenwärtig in den einzelnen Kantonen bestehenden Beschränkungen der Rechte der Juden zu erstatten, und damit gleichzeitig Anträge zu verbinden, ob und in wie weit derartige Beschränkungen, als mit der Bundesverfassung im Widerspruche stehend, aufzuheben seien.“

Zufolge dieser Motion machte der Bundesrath die nöthigen Erhebungen über die Rechte der Israeliten in den Schweizerkantonen, und es führte dieß dann schließlich zu dem hievör citirten Beschlusse der h. Bundesversammlung.

Diesem Beschlusse fügten sich ohne Weiteres sämmtliche eidgenössische Stände, mit Ausnahme des Kantons Aargau, durch dessen Beschwerden derselbe provozirt worden war. Da indessen die Angelegenheit bei den Behörden des Kantons Aargau anhängig war und eine umfassendere Regulirung der Verhältnisse der dortigen Israeliten versucht wurde, so enthielt sich der Bundesrath vor der Hand jedes Drängens gegenüber Aargau. Wirklich wurde endlich unterm 15. Mai 1862 ein „Gesetz über Organisation der israelitischen Gemeinden des Kantons“ erlassen, welches den Anforderungen des Bundesbeschlusses vom 24. September 1856 Genüge leistete und zugleich auch dem Bundesgesetze über die Heimmattlosigkeit zu genügen suchte.

Gegen dieses Gesetz erhob sich jedoch eine Bewegung, welche zu einer Volksabstimmung über dasselbe führte, die am 11. November 1862 stattfand, und wobei von 34,435 Stimmen 26,702 für eine gänzliche Abänderung des Gesetzes sich ausgesprochen haben.

Es langten hierauf Beschwerden der israelitischen Gemeinden Oberendingen und Lengnau an den Bundesrath, und dieser wendete sich dann mit Schreiben vom 11. Februar 1863 an die Regierung von Aargau und bemerkte ihr, daß der Bundesrath darauf bestehen müsse, daß das neu zu erlassende Gesetz dem Bundesbeschlusse vom 24. September 1856 in allen Theilen genau nachkomme, dagegen wäre er mit Rücksicht auf die politische Situation des Kantons geneigt, mit der Forderung gehöriger Einbürgerung der aargauischen Israeliten in dortige Gemeinden bis auf Weiteres zuzuwarten. Trotz dieser bestimmten Forderung des Bundesrathes, welche die Regierung des Kantons Aargau ihrem Großen Rathe dringend zur Berücksichtigung empfahl, erließ dieser unterm 27. Juni 1863 ein neues Gesetz, welches das vom Bundesrath gestellte Begehren unberücksichtigt ließ. Dieses neue Gesetz hob im Art. 1 das frühere Gesetz auch in der Beziehung auf, daß die im letztern den Israeliten eingeräumte Berechtigung zur Ausübung der politischen Rechte in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten gestrichen wurde.

Die Regierung hatte zwar einen Artikel vorgeschlagen, welcher diese Rechte gewähren wollte; allein derselbe wurde vom Großen Rathe in doppelter Abstimmung ausdrücklich verworfen, wogegen sich zwar 63 Mitglieder zu Protokoll verwahrten

Der Bundesrath forderte auf die Nachricht dieses Großen Rathesbeschlusses von der Regierung des Kantons Aargau sofort nähern Bericht ein, welcher von dieser mit Schreiben vom 5. Juli 1863 erstattet wurde. Mit dieser Berichterstattung verband die Regierung folgenden Wunsch:

„Sollten Sie,“ so schreibt sie, „sich indessen nach frühern „Andeutungen bewegen finden müssen, der Vorstellung der aargauischen Israeliten, dem neuen Gesetzeserlasse gegenüber, weitere „Folge zu geben und vom Standpunkte des Bundes aus Schlußnahmen in der Sache zu fassen oder zu veranlassen, so müßten „wir Hochdieselben angelegentlich erjuchen, doch nicht über die „Konsequenzen des Bundesbeschlusses vom 24. Herbstmonat 1856, „— wie Sie solche in Ihrem Rescripte vom 11. Hornung selbst „und einverständlich mit uns anerkannt haben, — hinauszugehen, „sondern hiebei der politischen Lage unseres Kantons, der schwierigen Stimmung unserer Bevölkerung in dieser Frage insbesondere, und selbst der Stellung der lediglich an jenem Bundesbeschlusse festhaltenden Minderheit des Großen Rathes billige „Rechnung zu tragen.“

Mittlerweile langten aber auch noch zwei Beschwerden gegen jenen Grobtrathsbeschlufs ein :

Die eine, Namens der schweizerischen Israeliten in Endingen und Lengnau, unterzeichnet : Dr. Kaiserling, Dr. Bloch, David Wyler, Markus Dreifufs, Jakob Groener und Daniel Guggenheim in Baden, und datirt vom 2. Juli 1863, schließt mit folgendem Petitionum :

„Der Bundesrath möge :

- „1) uns in unsern von Bundes wegen garantirten Rechten gegenüber dem vom aargauischen Großen Rathe am 27. Juni d. J. erlassenen Gesetze schützen und dieselben wahren;
- „2) dafür besorgt sein, daß den schweizerischen Israeliten das Bürgerrecht in seinem ganzen Umfange eingeräumt werde;
- „3) dahin verfügen, daß das am 27. Juni zum Beschlufs erhobene Gesetz nicht in Kraft gesetzt werde.“

Die andere Beschwerde, von Gustav Michael Dreifufs von Oberendingen, wohnhaft in Biel, d. d. 3. Juli 1863, enthält folgende zwei Begehren :

„Die den aargauischen Israeliten durch das Gesetz des Kantons Aargau vom 15. Mai 1862 eingeräumten Befugnisse als Kantons- und Ortsbürger für unantastbar und jeden auf Entziehung oder Schwämmerung dieser Befugnisse gerichteten Beschlufs, gleichviel ob er durch Volksabstimmung oder durch den hohen Großen Rath oder andere Organe des Kantons Aargau gefaßt werde, für unvereinbar mit der Verfassung des Bundes und des Kantons und daher für nichtig und folgenlos zu erklären, und demgemäß gegen die Vollziehung des in zweiter Verathung vom 27. Juni 1863 beschlossenen Gesetzes, betreffend die öffentlichen Rechtsverhältnisse der aargauischen Israeliten, in geeigneter Weise einzuschreiten ;

„eventuell :

„die kompetenten Behörden des Kantons Aargau anzuweisen, den Petenten als Kantonsbürger anzuerkennen und demselben ein bestimmtes Ortsbürgerrecht in irgend einer der bestehenden Ortsbürgergemeinden des Kantons Aargau zum Zwecke der Ausübung der politischen Rechte unter völliger Gleichstellung mit den christlichen Kantons- und Ortsbürgern in allen nicht kirchlichen Angelegenheiten zu verschaffen.“

Bei dieser Sachlage glaubten wir, nachdem die Dazwischenkunft des Bundesrathes bei den aargauischen Behörden den gewünschten Erfolg nicht gehabt, vielmehr der Große Rath jenes Kantons sich mit dem Beschlufs vom 24. September 1856 in offenbarem Widerspruch gesetzt hatte, Ihnen von der Lage dieser Angelegenheit Mittheilung machen zu sollen.

Es schien nämlich dem Bundesrath angemessen, daß die Bundesversammlung selbst unter obwaltenden Umständen gegenüber der gesetzgebenden Behörde des Kantons Aargau ihre bestimmte Willensmeinung ausspreche.

Der Bundesrath geht von der Ansicht aus, daß der h. Stand Aargau allen Ernstes einzuladen sei, dem gewissermassen von ihm selbst provozirten und nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Bundesbeschluß vom 24. September 1856 nachzukommen.

Es scheint, daß der Große Rath des Kantons Aargau von der Ansicht ausgegangen sei, daß die aargauischen Israeliten weder als Schweizerbürger, noch als Bürger des Kantons Aargau betrachtet werden können.

Was diese letztere Frage anbetrifft, ob die aargauischen Israeliten wirklich das volle aargauische Kantonsbürgerrecht besitzen, so nimmt der Bundesrath keinen Anstand, den Behörden des Kantons Aargau zuzugestehen, solches in Zweifel zu ziehen und bis zu einer rechtsgültigen Entscheidung der kompetenten Bundesbehörden ihnen zu gestatten, den aargauischen Israeliten alle diejenigen Rechte zu verweigern, welche von dem Besitze des vollen aargauischen Kantonsbürgerrechtes abhängig sind.

Was dagegen die erstere Frage anbetrifft, ob nämlich die aargauischen Israeliten Schweizerbürger seien, so kann der Bundesrath das Recht, hierüber endgültig zu entscheiden, den aargauischen Behörden allein nicht zugestehen, sondern es sind nur die Bundesbehörden in der Lage, über diese Frage endgültig entscheiden zu können. Die Bundesbehörden haben aber darüber, wie Eingangß bemerkt, wiederholt und bestimmt entschieden, und zwar zu Gunsten jener Israeliten. Thatsache ist, daß dieselben keinem andern Lande angehören, und daß die betreffenden israelitischen Familien seit mehr als 200 Jahren im Gebiete des Kantons Aargau ansäßig sind.

Gesetzt aber auch, es käme denselben einstweilen nur die Qualität aargauischer Landsassen zu, so könnten ihnen um deswillen von den aargauischen Behörden alle diejenigen Rechte nicht vorenthalten werden, welche allen Schweizern durch die Bundesverfassung zugesichert sind. Bis anher hat kein einziger Schweizerkanton den Landsassen diese Rechte verweigert, und der Bundesrath hat in vorkommenden Fällen stets in diesem Sinne entschieden.

Er kann den Kanton Aargau um so weniger von dieser Verpflichtung dispensiren, als derselbe durch eigene Schuld die definitive Regulirung der Bürgerrechtsverhältnisse seiner Israeliten bis dahin verzögert hat, und als er selbst es war, der in den Eingangß genannten Beschwerden stets den Satz aufstellte und festhielt, daß die aargauischen Israeliten Schweizerbürger seien und ihnen demnach alle jene Rechte eingeräumt werden müssen, welche die Bundesverfassung den Schweizerbürgern garantirt.

Zu dieser erstern Richtung stellt daher der Bundesrath den Antrag, die h. Bundesversammlung wolle beschließen:

„Der Bundesrath wird eingeladen, gemäß dem Beschlusse der Bundesversammlung vom 24. September 1856, die Vollziehung des aargauischen Gesetzes vom 27. Juni 1863, so weit es mit jenem Beschlusse im Widerspruche steht, zu sistiren und darüber zu wachen, daß der Kanton Aargau den daselbst lebhaften schweizerischen Israeliten die Ausübung „der politischen Rechte in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten „nicht länger vorenthalte.“

Ohne über die Vollziehungsmaßregeln sich hier schon weiter auszusprechen, glaubt der Bundesrath, wenigstens das andeuten zu sollen, daß er fortan alle diejenigen eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen im Kanton Aargau, welche mit widerrechtlichem Ausschluß jener Israeliten vorgenommen werden sollten, auf Beschwerde hin cassiren, so wie, daß er im Fernern gegen alle Versuche, das Stimmrecht den Israeliten zu behindern, die volle Strenge der Strafgesetze, namentlich der Art. 46 u. ff. des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft in Anwendung bringen würde. Der Bundesrath bemerkt dabei, daß es den aargauischen Behörden überlassen bleiben mag, ob sie noch besondere gesetzliche Vorschriften über die Ausübung dieser politischen Rechte erlassen wollen, was übrigens dem Bundesrathe, wie er der Regierung von Aargau schon angedeutet hat, nicht nöthig zu sein scheint.

Die gegenwärtige Sachlage läßt es aber alsdann wünschbar erscheinen, daß auch die Kantons- und Gemeindebürgerrechts-Verhältnisse der aargauischen Israeliten einmal ins Klare gesetzt werden. Der Bundesrath wird zwar, da diese Seite der Frage nicht als dringlich bezeichnet werden kann, auch in Zukunft in dieser Angelegenheit diejenigen Rücksichten beobachten, welche die politische Situation des Kantons Aargau als wünschbar erscheinen lassen dürfte. Dagegen glaubt er, alle diejenigen Maßregeln ohne weitere Zögerung anordnen zu sollen, welche geeignet sind, die rechtliche Sachlage, so weit sie die Kantonsbürgerrechtsverhältnisse betrifft, klar zu machen. Er gedächte somit, die Behörden des Kantons Aargau aufzufordern, eine bestimmte Erklärung abzugeben, ob sie in Gemäßheit des Bundesgesetzes über die Heimathlosigkeit die aargauischen Israeliten als Kantonsangehörige anerkennen wollen. Sofern letztere von den aargauischen Behörden bestritten werden sollte, so würde der Bundesrath nähere Untersuchung einleiten und diese Angelegenheit ganz auf dem durch das Bundesgesetz vom 3. Dezember 1850 vorgeschriebenen Wege bereinigen lassen.

Der Bundesrath beantragt daher folgenden zweiten Beschluß:

„Der Bundesrath wird ferner eingeladen, in Gemäßheit des Bundesgesetzes über die Heimathlosigkeit vom 3. Dezember 1850, die Frage „der Einbürgerung der aargauischen Israeliten im Auge zu behalten.“

Dagegen findet sich der Bundesrath nicht veranlaßt, dem von den schweizerischen Israeliten in Ober-Göndingen und Lengnau unter Ziffer 3 gestellten Begehren, womit theilweise auch das Gesuch des G. M. Dreifuß übereinstimmt, daß nämlich das am 27. Juni 1863 erlassene Gesetz nicht in Kraft gesetzt werde, in seinem vollen Umfange zu entsprechen, da es in demjenigen, was es sonst positiv enthält, mit den Bundesbeschlüssen nicht im Widerspruche steht, und einzig gegenüber dem Art. 1 die Bundes-schlusnahmen zu wahren sind.

In Zusammenfassung des Gesagten gibt sich der Bundesrath die Ehre, Ihnen folgenden Beschlußantrag vorzulegen:

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundesrathes vom 17. Juli 1863,

beschließt:

1. Der Bundesrath wird eingeladen, gemäß dem Beschlusse der Bundesversammlung vom 24. September 1856, die Vollziehung des aargauischen Gesetzes vom 27. Juni 1863, so weit es mit jenem Beschlusse im Widerspruche steht, zu sistiren und darüber zu wachen, daß der Kanton Aargau den daselbst sesshaften schweizerischen Israeliten die Ausübung der politischen Rechte in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten nicht länger vorenthalte.
2. Der Bundesrath wird ferner eingeladen, in Gemäßheit des Bundesgesetzes über die Heimathlosigkeit vom 3. Dezember 1850, die Frage der Einbürgerung der aargauischen Israeliten im Auge zu behalten.

Bei diesem Anlasse erneuern wir Ihnen, Tit., die Versicherung vollkommenster Hochachtung.

Bern, den 17. Juli 1863.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Vizepräsident:

Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schiesß.

Botschaft des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend die Juden im Kanton Aargau. (Vom 17. Juli 1863.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1863
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	32
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.07.1863
Date	
Data	
Seite	212-218
Page	
Pagina	
Ref. No	10 004 135

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.